

AfD will die Ruhr-Uni stoppen

BOCHUM. Ein Schul-Workshop zum Thema „(Alltags-)Rassismus“ sorgt für Konfrontation. Die Hochschule hält jedoch an ihrer Planung fest.

Von Mareike Graepel

Mit Mobiltelefonen sollen Brasiliens Schüler ihre Lehrer filmen, wenn sie „politisch oder parteilich gefärbte Kritik“ am gewählten Präsidenten Jair Bolsonaro üben, empfahl im Herbst Ana Caroline Campagnolo auf ihrer Facebook-Seite. So berichtete das Nachrichtenmagazin Der Spiegel Mitte Dezember. Und: Campagnolo sei als Bildungsministerin des südbrasilianischen Bundesstaats Santa Catarina im Gespräch.

Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) meldete kurz vor Weihnachten, dass die AfD Niedersachsen ein umstrittenes Internetportal freigeschaltet habe: Auf der Seite „Neutrale Lehrer“ sollen Schüler und Schülerinnen Pädagogen und Pädagoginnen melden, die gegen das Neutralitätsgebot verstoßen, indem sie sich negativ über die Partei äußern. Ähnliche Seiten soll es auch in anderen Bundesländern geben, bislang jedoch nicht in NRW.

Aber auch an der Ruhr-Universität in Bochum (RUB) hat die AfD kürzlich in einem Schreiben Einfluss auf Lehrinhalte nehmen wollen. Für Ende November/Anfang Dezember waren thematische Workshops der RUB geplant, mit dem Übertitel „(Alltags-)Rassismus in Deutschland –

STICHWORT

NSU und Racial Profiling

◆ **NSU:** Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) war eine neonazistische terroristische Vereinigung in Deutschland. Nach über fünf Jahren endete der NSU-Prozess im Juni mit der Verurteilung von Beate Zschäpe. Wegen Beteiligung an zehn Morden erhielt sie eine lebenslange Haftstrafe.

◆ **Racial Profiling:** Als Racial Profiling bezeichnet man ein häufig auf äußerlichen Merkmalen basierendes Agieren von Polizei-, Sicherheits-, Einwanderungs- und Zollbeamten. Personen werden aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, zugeschriebener oder faktischer Religionszugehörigkeit sowie nationaler Herkunft als verdächtig eingeschätzt und nicht anhand von konkreten Verdachtsmomenten.

AfD, NSU und Racial Profiling“, aufgeteilt auf drei Termine. Gedacht für Oberstufenschülerinnen und -schüler in Sozialwissenschaftskursen, wie zum Beispiel für den 24-köpfigen Kurs eines Gymnasiums im Ruhrgebiet, der sich mit der Fachlehrerin für die Teilnahme angemeldet hatte. Während sich zwei der Workshops mit NSU und Racial Profiling (siehe Stichwort) beschäftigten, waren die Forschungsfragen des Workshops für den Kurs, um den es hier geht, unter anderem: „Wie vollzog sich der Wandel von der ‚Professorenpartei‘ und der ‚Anti-Euro-Partei‘ hin zu einer rechtspopulistischen und in Teilen sogar offenen rechtsextremen Partei und welche Aspekte waren hierfür verantwortlich? Warum wird die Partei als rechtspopulistisch bzw. extrem rechts eingestuft? Inwiefern würde sich Deutschland verändern, wenn die AfD die Bundesregierung stellen würde?“

Elternbrief gelangt in die sozialen Netzwerke

In einem Elternbrief informierte die Schule die Erziehungsberechtigten über den Exkurs zur Uni. Die Reise des Briefs endete nicht auf den Küchentischen der Eltern, das Schreiben fand seinen Weg in die Hände von Dr. Markus Sandmann – er ist der Referent von Jörg Schneider, dem Bundestagsabgeordneten der AfD im Wahlkreis Gelsenkirchen – und von dort auch in die sozialen Netzwerke. Unter anderem wegen respektloser Bemerkungen in den dortigen Kommentarspalten möchten die Lehrerin und die Schule nicht namentlich genannt werden. Der betroffene SoWi-Kurs kommt allerdings nicht aus Gelsenkirchen.

Dr. Sandmann schrieb an die Bezirksregierung und forderte sie auf, „die Veranstaltung (an der Ruhr-Universität, Anm. d. Red.) abzusagen und die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen“. Die AfD sähe die politische Neutralität in Gefahr.

Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Karim Fereidooni, und sein Kollege Jan Schedler haben die Inhalte der Workshops mit Studierenden der Fakultät für Sozialwissenschaft vorbereitet. Fereidooni: „Wir bilden hier zukünftige Politik- und SoWi-Lehrer aus und geben ihnen die Chance, schon während ihres Studiums im sogenannten Schülerlabor zu



Die Verantwortlichen der Ruhr-Uni stehen hinter der Entscheidung, den Workshop stattfinden zu lassen.

—FOTO: DPA



Prof. Dr. Karim Fereidooni.

unterrichten. Dabei geben wir ihnen auch das Rüstzeug mit, differenziert und kritisch mit Themen wie Rassismus im Alltag umzugehen, weil das eine menschliche Verantwortung ist, und eine persönliche Aufgabe des Lehrkörpers.“ Es sei im Alltag natürlich die Pflicht eines jeden Lehrers, einer jeden Lehrerin, niemanden zur Wahl oder Nicht-Wahl einer bestimmten Partei zu drängen. „Es muss egal sein, wer was wählt. Aber es muss auch erlaubt sein, Position zu beziehen, wenn menschenfeindliche, demokratieverachtende, verletzende und rassistische Aussagen und Handlungen zur Debatte stehen.“

Position zu beziehen ist

ausdrücklich erlaubt, auch im Blick auf den „Beutelsbacher Konsens“, der seit 1976 vorschreibt, dass Schüler nicht „überwältigt“ werden und an der Bildung eines eigenen Urteils gehindert werden dürfen (siehe Info). Weiter heißt es dort, dass im Unterricht kontrovers erscheinen darf, was in Politik und Wissenschaft kontrovers diskutiert wird. Und: „Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren.“

Partei sieht sich „an den Pranger gestellt“

Dass eine politische Partei die Neutralität in der Schulbildung in diesem Fall in Gefahr sieht, kann Prof. Dr. Fereidooni nicht nachvollziehen: „Eine Partei muss mit Kritik umgehen können – wir würden auch über andere Parteien sprechen, wenn die ähnliche Aussagen trafen.“

Das sieht der AfD-Bundestagsabgeordnete Jörg Schneider anders. Im Gespräch sagte er: „Ich kann nicht gut heißen, dass so über uns geredet wird. In der Ankündigung der Workshops wird die AfD in einem Atemzug mit dem NSU genannt, und das ist eine terroristische Vereinigung.“ Seine Parteikollegen und er sähen sich „an den Pranger“ ge-

stellt. Schneider: „Wir sind nicht offen rechtsextrem. Wer Einzelaussagen aus dem Kontext nimmt oder sie nicht als Einzelaussagen begreift, sollte sich vielleicht das Parteiprogramm dazu legen.“

Der Rektor der Ruhr-Universität wie auch Schulleitung, Fakultät und die Bezirksregierung stehen geschlossen hinter der Entscheidung, den Workshop stattfinden zu lassen. Er fand Anfang Dezember statt. Laut Fereidooni liege jetzt gegen ihn, jedoch nicht gegen seinen Kollegen Schedler, eine Dienstaufsichtsbeschwerde vor. „Davon weiß ich nichts“, so Jörg Schneider.

Spricht man mit den vier Studierenden, die den Workshop für die Schülerinnen und Schüler hielten, erfährt man: „Wir haben uns im Vorfeld natürlich darüber Gedanken gemacht, was man fragen und diskutieren kann, und waren uns der Situation durchaus bewusst.“ Namentlich genannt werden möchten die vier nicht, auch aus Sorge, dass ihnen berufliche und persönliche Nachteile durch Anhänger der AfD oder parteinahe Personen entstehen könnten. „Uns war wichtig, dass die Schüler selbst erkennen, was hinter einem politischen Konzept steckt. Es ging um die Partei-Sprache in

Werbung und in Reden, um den Umgang mit den Medien, und wir haben auch die Wählerschaft aufgeschlüsselt.“

„Lernprozess für die Jugendlichen“

Es sei ein Lernprozess für die Jugendlichen, Einzelaussagen zu überprüfen und im Blick auf Position und Funktion der Politiker zu untersuchen. „Wir haben Wahlplakate analysiert, die parteiliche Haltung zu Integration, Familie, Bildung und Religion. Und wir haben die entsprechenden Passagen aus dem Grundgesetz daneben gelegt.“ Die Leitfrage für den Kurs lautete: „Was vermittelt die AfD, wie die Gesellschaft aussehen sollte?“ Den Studierenden zufolge sei die Schülergruppe sehr differenziert an das Thema herangegangen, aber es sei auch deutlich geworden, wie sich „die Gesellschaft und Politik verändert, und welche Themen man nicht einfach als historisch abhaken darf“.

Einer der angehenden Lehrer wird deutlich: „Es ist unsere Aufgabe, Jugendlichen zu vermitteln, dass es ungeheuer wichtig ist, Verantwortung zu übernehmen und vieles in der Politik kritisch zu betrachten, nicht nur, aber auch, in der AfD.“

IN KÜRZE

Astronaut kommt in die Schule

Herten. Der ehemalige Astronaut Thomas Reiter wird am Montag, 7. Januar, in der Martin-Luther-Sekundarschule in Herten-Westerholt erwartet. Anlass sind die Raumfahrt-Aktivitäten der Schule. So gibt es auf dem Gelände eine spezielle Lernlandschaft mit dem Raketen-Kletterturm „Ariane“ und einem „Ariane-Aerospace“-Pavillon. Thomas Reiter war der erste Deutsche, der eine Raumstation verließ und durch den Weltraum schwebte. Insgesamt hielt sich der heute 60-jährige 250 Tage im All auf.

Modellbahntage in Haltern

Haltern am See. Die Modellbahntage in der Halterner Seestadthalle stehen an. Samstag und Sonntag (29./30. Dezember) ist am Lippspieker eine große Modell-Eisenbahn-Landschaft aufgebaut, außerdem gibt es einen großen Markt zum Thema. Der Eintritt kostet 4,50 Euro pro Person, Kinder unter 14 Jahren müssen in Begleitung eines Erwachsenen nichts zahlen. Die Halle öffnet an beiden Tagen jeweils von 11 bis 16 Uhr.

Unbekannte knacken Container

Dorsten. (RN) Unbekannte Täter haben über die Weihnachts-Feiertage am Hellweg-Baumarkt in Dorsten einen Überseecontainer geknackt und Feuerwerkskörper gestohlen. Der Schaden beläuft sich auf einen hohen vierstelligen Euro-Betrag.

Am Donnerstagmorgen machten die Mitarbeiter des Baumarktes an der Halterner Straße eine böse Entdeckung: Aus einem Überseecontainer, der auf dem umzäunten und eigentlich nicht einsehbaren Außenbereich stand, wurden größere Mengen Feuerwerkskörper gestohlen. Der Wert der Ware liegt im hohen vierstelligen Euro-Bereich. Weil der Container eigentlich nicht zugänglich war und die Beute mit einem Fahrzeug abtransportiert worden sein muss, liegt der Schluss nahe, dass Profis am Werk waren, die sich gut vorbereitet hatten, so die Polizei. Sie hat die Ermittlungen aufgenommen und bittet um Hinweise unter: ☎ 0800/23 611 11.

Haltern im See

Neujahrsschwimmen findet zum zweiten Mal statt.

Haltern. „Wir tun es wieder!“ Unter dieser Überschrift werben die Organisatoren für die zweite Auflage ihres Neujahrsschwimmens am 1. Januar 2019 in Haltern am See.

Für die Neuauflage der Veranstaltung, zu der bei der Premiere 255 Wasserratten und 1000 Zuschauer kamen, haben sich Lions Club und Rotary Club zusammengetan. Unterstützt werden sie bei der Organisation von der Ortsgruppe der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft.

Die zweite Auflage des Neujahrsschwimmens „Haltern im See“ startet um 14 Uhr im Strandbad an der Hullerner Straße 52. Einlass ist bereits ab 12.30 Uhr. Nach einem kurzen Lauf durch ein Zuschauerspazier werden dann von der Silvesterfeier geschwächte Lebensgeister mit einem kühnen Sprung ins kalte Nass wiedererweckt.

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist entweder als unerschrockener Mitschwimmer (gegen eine Gebühr von 5 Euro) oder als Zu-



Beim Neujahrsschwimmen werden diesmal auch ausgefallene Verkleidungen prämiert.

—FOTO: DPA (ARCHIV)

schaauer bei freiem Eintritt möglich. „Für die Teilnahmegebühr erhalten die Mitschwimmer ein Starterpaket, bestehend aus Pudelmütze, Jahres-Button sowie einen Verzehrsgutschein für eine heiße Suppe zum Aufwärmen nach dem Schwimmen“, erklärt Berthold Kröger aus dem Organisationsteam.

Wer sich in den Stausee wagen möchte, kann sich ab 12.30 Uhr direkt am Eingang des Strandbades anmelden.

Neu in diesem Jahr ist, dass die größte Teilnehmergruppe sowie die ausgefallenste Verkleidung prämiert werden.

Die musikalische Untermauerung und Moderation der Veranstaltung übernimmt Markus Schenk von „Erlebe Haltern am See“.

Der Erlös der Veranstaltung ist für die Bürgerstiftung Haltern – Halterner für Halterner bestimmt.

@ www.haltern-im-see.de

INFO

Beutelsbacher Konsens

Der Beutelsbacher Konsens stammt aus dem Jahr 1976. Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hat darin zusammen mit Politikdidaktikern unterschiedlicher parteipolitischer oder konfessioneller Herkunft die Grundsätze für die politische Bildung festgelegt. Wörtlich heißt es unter anderem:

1. Überwältigungsverbot. Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überwältigen und damit an der „Gewinnung eines selbstständigen Urteils“ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Diese Forderung ist mit der vorgenannten engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschränkt. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (...) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.

Bei der Konstatierung dieses zweiten Grundprinzips wird deutlich, warum der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung verhältnismäßig uninteressant werden. Um ein bereits genanntes Beispiel erneut aufzugreifen: Sein Demokratieverständnis stellt kein Problem dar, denn auch dem entgegenstehende andere Ansichten kommen ja zum Zuge.

3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist (...)

IN KÜRZE

Feuer beendet Feiern in Lünen

Lünen. (dpa) Während einer Feier ist in einer Kultureinrichtung im Kreis Unna am frühen Donnerstag ein Feuer ausgebrochen. Polizeiangaben zufolge mussten etwa 300 Menschen das Gebäude in Lünen aus Sicherheitsgründen verlassen. Verletzt wurde niemand, wie es hieß. Die Feuerwehr konnte den Brand im Keller löschen, sagte ein Sprecher der Polizei weiter. Ersten Ermittlungen zufolge war ein technischer Defekt in einem Sicherungskasten die Ursache.

Verdächtiger ist untergetaucht

Duisburg. (dpa) Nachdem bei einem Streit zwischen zwei Gruppen in Duisburg ein Mann (32) durch einen Schuss schwer verletzt wurde, hat die Polizei einen Tatverdächtigen ermittelt. Der 21-Jährige ist untergetaucht.